



News-Ticker: US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium

Seit dem 23. März 2018 sind die US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium Tatsache. Das hat auch für Schweizer Exporte, Unternehmen und Direktinvestitionen Folgen. Wie genau? Das zeigen wir Ihnen hier auf. Wir informieren regelmässig über aktuelle Entwicklungen und deren wirtschaftlichen Konsequenzen für die Schweiz.

UPDATE VOM 22. OKTOBER: KANADA ERHEBT PROVISORISCHE SCHUTZZÖLLE AUF STAHLPRODUKTE

Ab dem 25. Oktober führt auch Kanada vorläufige Schutzzölle auf die Importe bestimmter Stahlprodukte ein. Mit dieser Massnahme wollen die kanadischen Behörden den Umlenkungseffekt der US-Strafzölle auf Stahlimporte eindämmen. Betroffen sind sieben Produktgruppen aus allen Industrieländern ausgenommen der USA, Israel und Chile sowie (teilweise) Mexiko. Nach Ausschöpfung von Kontingenten soll auf die betroffenen Produkte ein zusätzlicher Zoll von 25 Prozent erhoben werden. Die provisorischen Massnahmen gelten wie jene der EU auf Stahlprodukte vorerst für 200 Tage. Parallel dazu erfolgt eine Untersuchung des Canadian International Trade Tribunal. Auch Schweizer Stahlexporte nach Kanada sind potentiell von den Massnahmen betroffen. Der Anteil der direkt tangierten Stahlexporte ist allerdings gering. 2017 betrug dieser 0,03 Prozent der Gesamtexporte nach Kanada, was einem Exportvolumen von ungefähr 3,5 Mio.

CHF entspricht.

WTO Notifikation von Kanada

Fragebogen zur Schutzmassnahmenuntersuchung (Frist 31.10.2018)

Internationaler Handelsstreit –Übersicht über eingeführte und angedrohte Massnahmen

USA:

- 1. Oktober: Eingeführt – USA, Kanada und Mexiko einigen sich auf neues Freihandelsabkommen, das United States Mexico Canada Agreement (USMCA)
- 24. September: Eingeführt – Chinesische Konsumgüter im Wert von 200 Mia. USD werden mit 10%, ab 2019 mit 25% Zöllen belegt.
- 23. August: Eingeführt – 279 Chinesische Güter aus (u.a. Elektronik, Transport, Chemie) mit 25% Zöllen belegt (Volumen: 16 Mia. USD).
- 10. August: Eingeführt – Verdoppelung der Importzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus der Türkei.
- 2. August: Angedroht – Erhöhung der angedrohten Zölle auf 200 Mia. USD-Exporte aus China von 10 auf 25 %.
- 17. Juli: Eingeführt – WTO-Klage gegen Gegenmassnahmen CN, EU, CAN, MEX, TUR.
- 11. Juli: Angedroht – Zehn Prozent Strafzölle auf chinesische Produkte wie Chemikalien oder Textilien (Volumen: 200 Mia USD).
- 6. Juli: Eingeführt – 818 Chinesische Güter aus den Bereichen Auto, Elektronik und Luftfahrt mit 25 Prozent Zöllen belegt (Volumen: 34 Mia. USD).
- 22. Juni: Angedroht – 20% Strafzölle auf Autos aus der EU
- 15. Juni: Angedroht – 1102 chinesische Produkte aus Telekommunikation, Flugzeugbau und Maschinenindustrie mit 25 Prozent (Volumen: 50 Mia USD).
- 3. April: Angedroht – Strafzölle von 25 Prozent auf chinesische Produkte, die im Rahmen von «Made in China 2025» gefördert werden (Volumen: 50 Mia USD).
- 23. März: Eingeführt – 25 Prozent Strafzölle auf Stahl, 10 Prozent auf Aluminium

EU:

- 19. Juli: Angedroht – EU bereitet Vergeltungsmassnahmen auf US-Kohle, aber auch Chemie- und Pharmaprodukte vor.
- 18. Juli: Eingeführt – Schutzkontingente für 200 Tage auf Stahlimporte, 25 Prozent Zoll bei Überschreitung der Kontingente.
- 22. Juni: Eingeführt – Importzölle auf US-Produkte wie Stahl und Aluminium, aber auch Whiskey, Jeans und Motorräder (Volumen von 2.8 Mia Euro).
- 1. Juni: Eingeführt – WTO-Klage gegen Strafzölle auf Aluminium und Stahl.

China :

- 24. September: Eingeführt – Weitere Strafzölle auf US-Waren im Wert von 60 Mia. USD und in der Höhe von 5 bis 10%, als Reaktion auf den Entscheid der USA, weitere chinesische Konsumgüter im Wert von 200 Mia. USD (vorerst) mit 10 % Zöllen zu belegen.
- 7. August: Angedroht – Strafzölle von 25% auf US-Produkte per 23. August (Volumen: 16 Mia. USD).
- 6. August: Angedroht – Zollerhöhung auf 25% bei US-Produkte (Volumen: 60 Mia USD).
- 4. April: Angedroht – Strafzölle von 25% auf US-Produkte wie Rindfleisch, Autos oder Waren der Chemie-Industrie (Importvolumen: 50 Mia USD).
- 2. April: Eingeführt – Strafzölle zwischen 15 und 25% auf 128 amerikanische Produkte wie Sojabohnen und Flugzeuge (Volumen: 3 Mia. USD).

Schweiz:

- 10. Juli: Eingeführt – WTO-Klage gegen Strafzölle auf Aluminium und Stahl.

Weitere Länder:

- Kanada, 25. Oktober: Eingeführt – Schutzkontingente für 200 Tage auf gewisse Stahlimporte, 25 Prozent Zoll bei Überschreitung der Kontingente.
- Türkei, 17. Oktober: Eingeführt – Schutzkontingente für 200 Tage auf Eisen- und Stahlimporte, 25 Prozent Zoll bei Überschreitung der Kontingente.

- Türkei, 15. August: Eingeführt – Verdoppelung der Importzölle auf fast zwei Dutzend US-Produkte, darunter alkoholische Getränke, Autos, Tabak, Kosmetika, Reis, Kohle.

UPDATE VOM 16. OKTOBER: TÜRKEI ERHEBT PROVISORISCHE SCHUTZZÖLLE AUF STAHLPRODUKTE

Ab dem 17. Oktober führen auch die Türkei provisorische Schutzzölle auf die Importe gewisser Stahlprodukte ein: Nach der Ausschöpfung von Kontingenten soll auf die betroffenen Produkte ein zusätzlicher Zoll von 25 Prozent erhoben werden. Die provisorischen Massnahmen gelten wie jene der EU auf Stahlprodukte vorerst für 200 Tage. Nachdem die Türkei Mitte August gezielt gegen US-Importprodukte Strafzölle eingeführt hat, wären dieses Mal direkt auch Schweizer Eisen- und Stahlimporte in die Türkei betroffen.

Liste der betroffenen Produkte

WTO Notifikation der Türkei

UPDATE VOM 14. OKTOBER: FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA SCHEINT REALISTISCHER

Vor zwölf Jahren scheiterten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA. Nun bestehen laut Bundesrat Johann Schneider-Ammann wieder reelle Chancen auf eine Einigung. Die USA seien auf die Schweiz zugekommen mit dem Vorschlag, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wie Schneider-Ammann am Rande der Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank in Bali erklärte. Auch die Schweizer Wirtschaft würde ein Freihandelsabkommen sehr begrüßen. Bessere Bedingungen im Marktzugang beim zweitwichtigsten Handelspartner würden den hiesigen Unternehmen viele Vorteile bringen. Klar ist: Die Schweiz müsste gegenüber den USA auch Zugeständnisse bei der Öffnung ihres Agrarmarktes machen. Es ist zu hoffen, dass diese – anders als 2006 – im Interesse der gesamten Aussenwirtschaft auch gegeben werden können.

UPDATE VOM 1. Oktober:USA EINIGEN SICH MIT NACHBARN

Den USA, Kanada und Mexiko ist gestern Nacht ein Durchbruch gelungen: Wie der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer verkündet hat, haben sich die drei Länder auf ein neues Freihandelsabkommen geeinigt. Dieses ersetzt das von US-Präsident Donald Trump massiv kritisierte Nafta-Abkommen. Deshalb erhält der neue Vertrag auch einen neuen Namen: Das United States Mexico Canada Agreement (USMCA). Inhaltlich konnten die Länder sich Zugeständnisse einräumen, zum Beispiel im Milchmarkt und bei der Autoindustrie. Kanada wird seinen Milchmarkt stärker öffnen und die kanadischen Fahrzeugexporte werden einer maximalen Importquote unterstellt. Deren Höchstwert wurde allerdings in den vergangenen Jahren nie erreicht. Das Abkommen sieht einen

Streitschlichtungsmechanismus vor.

Abkommens-Text

Meinung der US-Regierung

UPDATE VOM 24. SEPTEMBER: ZÖLLE DER USA UND CHINAS IN KRAFT

Seit heute sind die zehn Prozent zusätzlichen Zölle auf chinesische Importprodukte in die USA im Wert von 200 Milliarden US-Dollar in Kraft. In Kombination mit den schon früher eingeführten Zöllen sind damit fast die Hälfte der Güterimporte aus China in die USA mit Strafzöllen belegt. Ab 2019 steigt der Zollsatz dieser zusätzlichen Zölle von 10 auf 25 Prozent. China reagierte auf diesen Entscheid und erhebt ab heute ebenfalls neue Zölle – in der Höhe von fünf bis zehn Prozent – auf US-Importe im Wert von 60 Milliarden Dollar. Damit sind inzwischen fast 80 Prozent aller US-Importe betroffen. Weiteren Verhandlungen über die Beilegung des Handelskonflikts erteilte die chinesische Führung eine klare Absage. Die USA haben nach der Ankündigung des Entscheids Chinas bereits weitere Zölle angedroht. Für Schweizer Unternehmen, die in US-amerikanische und/oder chinesische Wertschöpfungsketten integriert sind, steigt nun die direkte und indirekte Betroffenheit durch die Strafzölle deutlich.

Finale Liste der betroffenen chinesischen Produkte

UPDATE VOM 18. SEPTEMBER: CHINA KÜNDIGT ALS REAKTION WEITERE ZÖLLE AUF US-WAREN AN

Die USA haben die angedrohten Strafzölle auf chinesische Importe nun wahrgemacht. Gemäss ranghohen Regierungsvertretern werden vom 24. September an Strafzölle in der Höhe von 10 Prozent auf chinesische Importwaren in der Höhe von 200 Mia. Dollar erhoben. Der Zollsatz kann auf bis zu 25 Prozent angehoben werden. China hat prompt reagiert und seinerseits Zölle auf US-Waren angekündigt. Die nun eingeführten US-Zölle der Trump-Administration stellen die bisher schärfste Eskalation im Handelskonflikt dar. China, aber auch Japan haben sich besorgt über die neusten US-Massnahmen geäussert. Protektionismus schadet beiden Seiten. So ist zu erwarten, dass in den USA nun die Inlandpreise für die betroffenen Güter steigen werden.

UPDATE VOM 17. SEPTEMBER: USA ERHEBEN 10 STATT 25 PROZENT ZOLL AUF CHINESISCHE KONSUMGÜTER

Die USA wollen nun doch 10 statt wie angekündigt 25 Prozent zusätzliche Zölle auf eine breite Palette chinesischer Konsumgüter erheben. Dieser Entscheid folgt auf umfangreiche öffentliche Hearings in den USA. Die Massnahme soll in den kommenden zwei Wochen in Kraft treten. Nach wie vor wären Importe im Wert von 200 Milliarden US-Dollar betroffen – von Koffern über Fahrräder bis zu

UPDATE VOM 15. AUGUST:TÜRKEI VERDOPPELT ZÖLLE AUF AMERIKANISCHE PRODUKTE

Die Türkei reagiert auf den Entscheid der USA, die Zölle auf türkische Stahl- und Aluminiumimporte um 50 Prozent zu verdoppeln (siehe Update vom 14. August). Auf eine Serie amerikanischer Produkte verdoppelt die Türkei nun ihrerseits die Importzölle. Auf alkoholische Getränke werden neu 140 Prozent Zoll erhoben, auf Autos 120 Prozent, auf Tabak 60 Prozent. Auch auf Kosmetika, Reis und Kohle gelten doppelt so hohe Zölle wie zuvor.

Nach der Ankündigung schwankte der Wert der türkischen Lira gegenüber dem Dollar stark. Seit Jahresbeginn hat die Lira gegenüber dem Dollar 45 Prozent an Wert verloren.

Liste der Produkte (in Englisch)

Artikel über die Gründe für den Zerfall der Lira

UPDATE VOM 14. AUGUST:USA VERDOPPELN STRAFZÖLLE GEGEN TÜRKEI

Vor dem Hintergrund wachsender politischer Spannungen zwischen den USA und der Türkei hat Präsident Trump am Freitag, 10. August, angekündigt, die Strafzölle auf türkische Stahl- und Aluminiumprodukte auf 20 respektive 50 Prozent zu verdoppeln. Die Türkei ist aktuell der weltweit achtgrösste Stahlproduzent. Der Entscheid folgte kurz nach einer Mitteilung des US-Handelsministeriums, den Status der Türkei als Entwicklungsland – verbunden mit tieferen Zollsätzen im internationalen Handel (Generalized System of Preferences) – zu überprüfen. Er ist ferner auch im Lichte der Inhaftierung eines US-Pastors durch die Türkei mit dem Vorwurf auf Spionage zu sehen.

Als Reaktion auf die jüngsten Entwicklungen hat die türkische Lira gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert verloren (-40 Prozent seit Jahresbeginn). Gleichzeitig ist der Schweizer Franken als sicherer Hafen wieder stark gesucht und wurde auch gegenüber dem Euro aufgewertet (+1,7 Prozent seit dem 7. August). Zwar ist offen, wie nachhaltig die jüngsten Kursentwicklungen sind. Sie machen aber deutlich, dass internationale Handelsstreitigkeiten die Schweiz direkt und indirekt belasten.

Mitteilung United States Trade Representative (USTR)

UPDATE VOM 8. AUGUST:NEUE US-STRAFZÖLLE GEGEN CHINA

Das US-Handelsministerium hat für den 23. August zusätzliche Strafzölle von 25 Prozent auf chinesische Exportprodukte angekündigt. Die Liste mit 279 Produkten umfasst etwa Halbleiter, Chemie-, Kunststoff- und Elektronikprodukte oder Güter

für Eisenbahnen und Flugzeuge. Sie wurde bereits am 15. Juni angekündigt. Zusammen mit den bereits am 6. Juli eingeführten Strafzöllen beläuft sich das betroffene jährliche Handelsvolumen damit auf rund 50 Milliarden US-Dollar. Es ist zu erwarten, dass China die angedrohten Strafzölle auf US-Produkte nun ebenfalls rasch einführt. Eine Entspannung im Handelsstreit zwischen China und den USA rückt damit erneut in weite Ferne. Gleichzeitig steigt die Betroffenheit der Schweizer Exportwirtschaft mit jeder zusätzlich eingeführten Massnahme, da hiesige Firmen sowohl für amerikanische wie auch chinesische Unternehmen Zulieferer und stark in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden sind.

Mitteilung des US-Handelsministeriums

Update vom 6. August:CHINA LEGT NACH UND DROHT MIT WEITEREN ZÖLLEN

China droht an, die Liste der von Strafzöllen betroffenen US-Produkte markant zu erweitern: Rund 40 Prozent der Einkäufe aus den USA wären von einem Zuschlag von bis zu 25 Prozent betroffen. Die gelisteten Produkte haben einen Importwert von 60 Milliarden US-Dollar. Sie umfassen eine grosse Palette an Landwirtschafts- und Energieprodukten, aber auch weitere Güter wie Helikopter, gerösteter Kaffee oder Kondome. Das Land reagiert damit auf die jüngste Absicht der USA (siehe Update vom 2. August), die bereits vorgeschlagenen Strafzölle auf Waren im Wert von 200 Milliarden Dollar von zehn Prozent auf 25 Prozent erhöhen zu wollen. Insgesamt hat China damit auf US-Importprodukte im Wert von 110 Milliarden Dollar entweder Strafzölle eingeführt oder zumindest angedroht. Für Schweizer Unternehmen, welche in den USA oder China produzieren, steigt damit das Risiko von steigenden Kosten im grenzüberschreitenden Handel.

Liste der US-Produkte (in Chinesisch)

Update vom 2. August:WIDERSPRÜCHLICHE SIGNALE DER USA

Nach Zeichen der Entspannung im Handelsstreit zwischen der EU und den USA hat Präsident Trump seinen Handelsbeauftragten Lighthizer angewiesen, eine Erhöhung der angedrohten Strafzölle auf chinesische Produkte im Wert von 200 Milliarden US-Dollar zu prüfen: von 10 auf 25 Prozent. Aktuell sind chinesische Exportprodukte mit einem Handelsvolumen von 34 Milliarden US-Dollar mit Strafzöllen belegt. Die Liste dürften in den kommenden Wochen somit noch erweitert werden. Nachdem beide Parteien jüngst angekündigt haben, wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren zu wollen, senden die USA erneut widersprüchliche Signale aus.

Gleichzeitig mehren sich warnende Stimmen aus der US-Wirtschaft, dass Unternehmen und Konsumenten durch die Strafzölle grossen Schaden drohe. Auch wird gefordert, das Angebot einer Abschaffung sämtlicher Zölle auf Industrieprodukte nicht nur auf die EU, sondern auf weitere US-Handelspartner auszudehnen. Bislang ist die Rede von Kanada, Mexiko und Grossbritannien. Die Schweiz als siebtgrösster Direktinvestor in den USA wurde bislang noch nicht

genannt. Für hiesige Unternehmen wäre eine bilaterale Vereinbarung zwischen den USA und der Schweiz eine gute Nachricht.

Statement U.S. Trade Representative Robert Lighthizer

Update vom 26. JULI:TRUMP UND JUNCKER EINIGEN SICH

Der Handelskonflikt zwischen der Europäischen Union und den USA hat sich zumindest leicht entschärft: US-Präsident Donald Trump und EU-Kommissionsvorsteher Jean-Claude Juncker haben gestern in Washington verkündet, sie hätten eine Abmachung getroffen. Demnach wollen sie im gegenseitigen Handel die Industriezölle abschaffen. Während Trump zudem den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen sowie von Subventionen verlangte, fokussierte Juncker auf die Industriezölle. Damit sind allfällige US-Strafzölle auf EU-Automobile vorläufig vom Tisch, was auch im Interesse der Schweiz als wichtiger Automobilzulieferer ist. Das diesbezügliche Schweizer Exportvolumen in die EU beläuft sich aktuell auf 2,8 Milliarden Franken. Die EU ihrerseits exportiert mit ihren Fahrzeugen wiederum Schweizer Bestandteile im Wert von rund 200 Millionen Franken in die USA.

Sollten sich die USA und die EU wie angekündigt über den weitreichenden Zollabbau bei Industriegütern einigen, wäre dies ein bedeutender Liberalisierungsschritt der zwei grössten Handelspartner der Schweiz. Wie beim ursprünglich geplanten Transatlantischen Freihandelsvertrag (TTIP) wäre jedoch auch das Diskriminierungspotenzial für Schweizer Exportunternehmen im Auge zu behalten. Ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den USA könnte hier für gleich lange Spiesse sorgen.

Gemeinsames Statement Juncker/Trump

dossierpolitik TTIP

Update vom 24. JULI:US-Finanzminister will Freihandelsabkommen mit der EU

Nachdem US-Präsident Donald Trump vergangene Woche weiter Öl ins Feuer des anschwellenden Handelskonflikts mit der EU und China gegossen hatte, indem er Strafzölle auf Autos angekündigt hatte, zeigte sich sein Finanzminister in Argentinien entgegenkommender. In Buenos Aires hat Steven Mnuchin seine Amtskollegen der G-20-Staaten getroffen. Er schlug der EU ein Abkommen vor, das Zölle, Zollschranken und Subventionen abbaue. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass alle drei Kriterien erfüllt sein müssten. Gegenüber China bekräftigte Mnuchin aber noch einmal die Drohung seines Chefs, sämtliche Importe mit Zöllen zu belegen, sollte China nicht seine Grenzen öffnen und für faire Verhältnisse sorgen. China exportierte 2016 Waren im Wert von 462,6 Milliarden USD in die USA. Mnuchin erklärte weiter, die USA würden sich auf ein Angebot der EU für ein solches Handelsabkommen freuen. Donald Trump und Jean-Claude Juncker werden sich am Mittwoch in Washington treffen. Allerdings liess Juncker bereits verlauten, dass er ohne ein solches Angebot in die USA reisen

werde.

Was der Handelsstreit für Folgen hat, bekommt die USA zurzeit am eigenen Leib zu spüren – insbesondere die Fleischindustrie. Diese produziert zurzeit Rekordmengen, die allerdings von den Amerikanern alleine gar nicht vertilgt werden können. Da die Exporte nach Mexiko oder China zurzeit aufgrund der hohen Zölle erschwert sind, bleiben die Schweinesteaks in US-Kühlhäusern hängen. Einen weiteren Hinweis auf die Konsequenzen des Handelsstreits gab die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds (IMF), Christine Lagarde, ebenfalls in Buenos Aires. Sie präsentierte eine Studie, gemäss der die Weltkonjunktur 2020 einen halben Prozentpunkt weniger stark wachsen wird, wenn die USA, die EU und China ihre Strafzölle wie angedroht umsetzen.

Update vom 19. JULI:EU BEREITET VERGELTUNGSMASSNAHMEN VOR

Nachdem US-Präsident Donald Trump damit gedroht hat, Strafzölle auf Autos aus der Europäischen Union zu erheben, hat diese nun reagiert: Sie prüft Gegenmassnahmen. Diese könnten laut Wirtschaftswoche Kohle, aber auch Chemie- und Pharmaprodukte betreffen. Diese Massnahmen würden auch der hiesigen Wirtschaft Schaden zufügen. So haben zum Beispiel Schweizer Pharma- und Chemiefirmen stark in Amerika investiert. Von den gesamten, weltweiten Schweizer Direktinvestitionen stammen 14 Prozent aus diesen Branchen.

Zuvor hatte die EU auf die US-Zölle auf Aluminium und Stahl mit Strafzöllen auf Produkte wie Whiskey, Jeans oder Orangensaft geantwortet. Die Entwicklungen zeigen, dass der weltweite Handelsstreit immer mehr zu eskalieren droht – eine Entwicklung, die in keiner Weise im Interesse der Schweizer Wirtschaft ist. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker werden nächste Woche nach Washington fliegen, um dort am Mittwoch Donald Trump zu treffen. Ziel ist, die Situation zu entschärfen.

Update vom 18. JULI:EU FÜHRT PROVISORISCHE SCHUTZMASSNAHMEN AUF STAHLIMPORTE EIN

Die EU reagiert auf die US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte und beschränkt ab sofort für 200 Tage den Import bestimmter Stahlprodukte. Diese provisorischen Schutzmassnahmen nehmen die Form von globalen Zollkontingenten ein – gelten also unabhängig vom Ursprungsland der Ware. Übertreffen die Importe in die EU eine gewisse Menge, fallen darauf 25 Prozent zusätzlicher Zoll an. Die Kontingente werden gemäss «First come first serve»-Prinzip («Windhund-Verfahren») vergeben, allerdings sollen gemäss EU-Kommission die traditionellen Handelsströme de facto nicht geschwächt werden. Die Schweiz konnte bis anhin trotz mehrfacher Interventionen keine Ausnahme für sich erwirken. Voraussichtlich Ende dieses Jahres wird die EU über definitive Schutzmassnahmen entscheiden. *economiesuisse* lehnt diese Massnahme der EU-Kommission gegenüber Schweizer Stahlimporteuren ab. Sie schadet gleichermaßen Schweizer Lieferanten und EU-Kunden von Schweizer Stahlprodukten.

Update vom 17. JULI: DIE USA LEGEN IHRERSEITS KLAGE BEI DER WTO EIN

Die USA wollen die Vergeltungsmassnahmen nicht hinnehmen, die China, die EU, Kanada, Mexiko und die Türkei als Reaktion auf die US-Schutzmassnahmen auf Aluminium und Stahl ergriffen haben. Sie reichten nun ihrerseits Klage bei der WTO ein. Im Gegensatz zu den Sonderzöllen der USA, die diese mit dem Schutz der nationalen Sicherheit begründeten, seien die Vergeltungsmassnahmen nicht gerechtfertigt. Zuvor hatten verschiedene Staaten – darunter die Schweiz – entschieden, gegen die US-Schutzzölle auf Stahl und Aluminium im Rahmen der WTO zu klagen (siehe erstes UPDATE vom 10. Juli). China hatte gestern ebenfalls – noch vor der Ankündigung der USA – bei der WTO Klage eingereicht, gegen die jüngst angedrohten US-Zölle auf chinesische Güter im Wert von 200 Milliarden Dollar.

Update vom 11. JULI:USA kündigen neue Strafzölle an

Der amerikanische Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hat gestern eine 200-seitige Liste mit weiteren chinesischen Produkten veröffentlicht, die ab September mit zehn Prozent Strafzöllen belegt werden könnten. Das betrifft chinesische Exporte im Wert von 200 Milliarden US-Dollar, darunter Chemikalien, Textilien, Haushaltsgeräte, Früchte, Gemüse und Reifen. US-Präsident Donald Trump macht damit seine Ankündigung wahr, auf die chinesischen Gegenstrafzölle erneut mit Strafzöllen zu reagieren. Die USA rechtfertigen die Massnahme mit der angeblich unfairen Handelspraxis Chinas, welche die nationale Sicherheit der USA gefährden würde. Die erneuten Strafzölle treffen in den USA weitläufig auf Kritik – unter anderem auch in der Wirtschaft. Die US-Handelskammer liess über ihre Pressesprecherin ausrichten: «Zölle sind Steuern, schlicht und ergreifend.» Derweil hat Bundesrat Johann Schneider-Ammann in einem Interview mit dem Tagesanzeiger klargestellt, dass die Schweiz ihrerseits keine Strafzölle erheben wird.

Update vom 10. JULI:Die Schweiz beteiligt sich an einem WTO-Streitbeilegungsverfahren gegen die USA

Die Schweiz beteiligt sich an einem WTO-Streitbeilegungsverfahren gegen die USA, um die hiesigen Wirtschaftsinteressen zu verteidigen. Das macht sie gemeinsam mit anderen Staaten wie Mexiko, Kanada, Norwegen und der EU, die von den US-Strafzöllen auf Aluminium und Stahl betroffen sind. Die USA argumentieren, dass diese Zölle für ihre nationale Sicherheit wichtig seien, Bundesrat Johann Schneider-Ammann und sein Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung hingegen halten die Massnahmen für ungerechtfertigt. Die Zölle belasten Schweizer Unternehmen, die jährlich Waren im Wert von 87 Millionen Franken in die USA exportieren. Das Streitbeilegungsverfahren beginnt mit einem Begehren um Konsultation mit den USA. Sollte es dabei keine Einigung geben, könnte es zu einer Klage vor einem Schiedsorgan kommen, dem

sogenannten Panel. Ein solches Verfahren wäre für die Schweiz kein Novum: 2002 trat sie ebenfalls als Klägerin vor der WTO auf. Bereits damals war die Gegenpartei die USA, es ging um Strafzölle auf Stahl. Die Schweiz und ihre Mitkläger erhielten vollumfänglich Recht, 2003 hob der damalige US-Präsident die Zölle auf.

Update vom 6. JULI:Die USA drehen weiter an der Schraube im Handelsstreit

Am 6. Juli setzen die USA Strafzölle gegen Importwaren aus China in Kraft. Güter in den Bereichen Autos, Elektronik und Luftfahrt werden mit Zöllen in der Höhe von 25 Prozent belegt. Es sind insgesamt 818 Güterkategorien betroffen mit einem jährlichen Wert von 34 Milliarden US-Dollar. Nachdem China bereits vor Wochen Gegenmassnahmen angekündigt hat, dürfte das Land nun nicht lange zuwarten. China wird wohl Zölle auf Sojabohnen oder Schweinefleisch erhöhen. Potenziell sind durch die nun eingeführten US-Strafzölle auch Schweizer Unternehmen betroffen, die in China Güter für den US-Markt produzieren.

Update vom 21. JUNI:EU führt Strafzölle gegen US-Importprodukte ein

Die EU-Kommission hat angekündigt, per 22. Juni Importzölle von 25 Prozent auf US-Produkte einzuführen. Damit reagiert sie auf die US-Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte. Die Liste umfasst ebenfalls Stahl- und Aluminiumerzeugnisse, aber auch landwirtschaftliche Güter und weitere Produkte (z.B. Yachten, Jeans, Bourbon Whiskey) mit einem Exportvolumen von 2,8 Milliarden Euro. Mit diesen – gemäss EU – WTO-konformen Ausgleichsmassnahmen geht die EU weiter auf Konfrontationskurs zu ihrem wichtigsten Handelspartner. Eine für die Schweizer Wirtschaft wichtige Deeskalation des Handelsstreits zwischen ihren wichtigsten Handelspartnern rückt damit in weite Ferne. Dies auch deshalb, weil die USA bereits weitere Zölle auf chinesische Güter im Wert von 200 Milliarden US-Dollar angekündigt haben. Auch dies als Reaktion auf die Gegenmassnahmen Chinas zu den US-Strafzöllen auf Aluminium- und Stahlprodukte.

Produktliste der EU

Produktliste Chinas

Update vom 15. JUNI:WEITERE ESKALATION DER US-STRAFZÖLLE

Die US-Regierung hat heute eine Liste mit 1102 Produkten aus China veröffentlicht, die mit einem 25-prozentigen Strafzoll belegt werden. Die Produkte entsprechen einem Handelsvolumen von rund 50 Milliarden US-Dollar und umfassen Telekommunikation, Flugzeugbau, Fahrzeuge oder auch Roboter und Maschinen. Potenziell sind von dieser Massnahme auch Produkte von Schweizer Unternehmen betroffen, die in China für den US-Markt hergestellt werden. China

hat umgehend reagiert und seine Absicht (siehe UPDATE VOM 5. April) bekräftigt, auf 106 US-Produkte ebenfalls 25 Prozent zusätzlichen Zoll zu erheben. In der Liste finden sich von Baumwolle über Zigaretten bis hin zu Automobilen Produkte im Wert von 50 Milliarden US-Dollar.

Update vom 11. JUNI:WEITERE ESKALATIONSRUNDE NACH G-7-DEBAKEL WAHRSCHEINLICHER

Seit letzten Samstag ist die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Eskalation im Handelskonflikt zwischen den USA und ihrer Handelspartner nochmals angestiegen. Präsident Trump hatte seine Unterstützung der Abschlusserklärung des G7-Treffens in Kanada im Nachhinein zurückgezogen. Das ist seit Gründung der G-7 im Jahr 1975 ein einmaliges Vorkommnis. Trump drohte zudem mit einem Handelskrieg, falls andere Nationen Gegenmassnahmen als Reaktion auf die US-Schutzzölle einführen sollten. Unterdessen haben Kanada und Deutschland ihre bereits angekündigten Gegenmassnahmen per 1. Juli nochmals bestätigt für den Fall, dass die US-Schutzzölle auf Stahl und Aluminium nicht ausgesetzt werden. Die USA haben ihrerseits gegen diese Massnahmen Zölle auf Automobile und Komponenten angekündigt. Insgesamt sind somit in den letzten 48 Stunden die handelspolitischen Unsicherheiten für Exporteure der betroffenen Branchen weiter gestiegen.

Update vom 8. JUNI:EU REAGIERT MIT STRAFZÖLLEN, USA NIMMT AUTOMOBILSEKTOR INS VISIER

Die Gegenmassnahmen der EU auf die US-Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte konkretisieren sich: Nebst einer WTO-Klage hat Brüssel auch die Einführung von Strafzöllen auf eine Vielzahl von US-Exportprodukten per 1. Juli beschlossen. Gesamthaft sind US-Exporte im Wert von 2,4 Milliarden Euro betroffen. Das US-Handelsministerium hat derweil eine weitere Eskalationsstufe im Handelsstreit gezündet und ein Konsultationsverfahren zu Strafzöllen auf Automobile und Zubehöerteile eröffnet. Mit den jüngsten Entwicklungen ist auch für die Schweiz das Schadenspotenzial für die Exportwirtschaft weiter angestiegen. Allein die Exporte Schweizer Zulieferer in die amerikanische Automobilindustrie belaufen sich aktuell auf rund 300 Millionen Franken.

Konsultation des US-Handelsministeriums

Produkteliste der EU-Strafzölle

Update vom 1. JUNI:Gefährliche Eskalation im Handelsstreit um Stahl und Aluminium

Unmittelbar nach der Entscheidung von US-Präsident Trump, die Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU, Kanada und Mexiko nun doch mit Strafzöllen zu belegen, haben nun die betroffenen Länder Gegenmassnahmen angekündigt. Damit ist der Handelsstreit stark eskaliert. Je nach Entwicklung in den

kommenden Tagen können auch weitere Güter von Gegenmassnahmen erfasst werden. Für die Schweizer Wirtschaft ist das eine schlechte Entwicklung, da sie in vielen Wertschöpfungsketten integriert ist. Zudem ist mit einer nachlassenden Dynamik der Weltkonjunktur zu rechnen, wenn der Protektionismus nicht gestoppt werden kann.

Update vom 30. MAI: Handelsstreit zwischen USA-China – trotz laufenden Verhandlungen

Nachdem noch vor zehn Tagen die USA und China Lösungen im Handelsstreit verkündeten, sieht diese Woche wieder alles anders aus: Gemäss Angaben von US-Regierungsvertreter planen die USA nun Zollmassnahmen gegenüber Produkten aus China. Das potenziell betroffene Handelsvolumen beträgt rund 50 Milliarden US-Dollar. Auch werden Restriktionen bei Investitionen in kritische Technologien erwogen. China's Reaktion folgte prompt. Das Land sei in der Lage und habe die Erfahrungen um allenfalls mit Gegenmassnahmen zu antworten, falls die USA zur Tat schreiten würden. Der Handelsstreit zwischen den führenden Wirtschaftsnationen geht somit in die nächste Runde und das Risiko eines eskalierenden Handelskonflikts bleibt auf der internationalen Agenda.

Update vom 25. MAI: US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium stören nun auch den innereuropäischen Handel

Die US-Regierung hat noch nicht auf das Schweizer Begehren einer Ausnahme von den Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte reagiert. Auch US-Unternehmen haben Ausnahmen für ihre Schweizer Lieferanten beantragt. Da insgesamt über 8'000 solcher Anträge von US-Firmen eingegangen sind, ist trotz Aufstockung der Sachbearbeiter mit einem weiterhin langwierigen Verwaltungsprozess zu rechnen. Präsident Trump hat zudem jüngst das Handelsministerium beauftragt, eine Erhöhung der Importzölle auf Automobile auf bis zu 25 Prozent zu prüfen.

Im Stahlbereich prüft auch die EU die Einführung von Schutzzöllen oder Kontingenten. Bereits eingeführt hat sie Überwachungsmassnahmen gegen Stahl- und Aluminiumimporte, welche die Schweizer Exporte direkt betreffen. Das führt zu administrativer Mehrbelastung der Unternehmen – auch, weil jedes Land ein eigenes Verfahren kennt: Während in Deutschland oder Italien die Formalitäten elektronisch abgewickelt werden können, erfolgen diese in Frankreich in Papierform. Die Auswirkungen sind unterschiedlich. EU- und Schweizer Firmen berichten von Verzögerungen bis hin zu Unterbrüchen bei den Lieferungen.

Angesichts der engen Verzahnung der industriellen Lieferketten arbeiten die Schweiz und die EU-Behörden an Verbesserungen. Auch die Wirtschaft ist aktiv. Sogar deutsche Wirtschaftsverbände setzen sich für die Schweiz ein betreffend die Massnahmen, die die EU untersuchen lässt oder bereits eingeführt hat.

Update vom 2. Mai: EU bis Juni weiterhin von Strafzöllen ausgenommen – Antwort an die Schweiz noch ausstehend

Die EU erhält weiterhin eine Aussetzung der US-Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumexporte bis Juni 2018. Ganz im Gegensatz zur Schweiz: Der Schweizer Antrag auf Aussetzung wurde offensichtlich noch nicht beantwortet. Dies hat zur Folge, dass die Schweizer Stahl- und Aluminiumexporte in die USA weiterhin mit Strafzöllen in der Höhe von zehn respektive 25 Prozent belegt werden. Angesichts des kleinen Schweizer Exportvolumens in der Höhe von jährlich 87 Millionen Franken (2017) gibt es keinen Grund für diese Strafzölle. Weder ist die Nationale Sicherheit der USA tangiert, noch die Zukunft der US-Stahl- und Aluminiumproduzenten betroffen. Hingegen werden die Kunden von Schweizer Stahl- und Aluminiumprodukten Nachteile haben.

Update vom 30. April: Strafzölle für die Schweiz per 1. Mai in Kraft

Die Schweiz hat auf Ministerebene, wie auch über alle Kanäle der Wirtschaftsdiplomatie bei den USA eine Aussetzung der US-Strafzölle auf Schweizer Stahl- und Aluminiumimporte verlangt. Bisher ist offensichtlich keine offizielle Antwort aus Washington eingetroffen. Es ist daher davon auszugehen, dass die USA die Zölle per 1. Mai weiter anwenden werden. Was das für Folgen für die Schweizer Wirtschaft hat, erklärt Jan Atteslander im Video.

Media-Link:

https://youtu.be/_p9Nd_o-Jqo

Update vom 5. April: China reagiert umgehend und im selben Ausmass wie die USA

China kündigte gestern Nachmittag an, weitere, nun für die USA auch sehr wichtige Exportprodukte mit Strafzöllen zu belegen. Dazu gehören Sojabohnen, Rindfleisch, Autos und Produkte der Chemie- und Flugzeugindustrie. Gesamthaft sind damit Produkte mit einem Handelswert von 50 Milliarden US-Dollar betroffen. Die Strafzölle in der Höhe von 25 Prozent entsprechen jenen, welche die USA tags zuvor angekündigt hat.

Obwohl die Strafzölle auf US- beziehungsweise chinesische Produkte zielen, sind auch Auswirkungen auf die Schweiz zu befürchten. Hiesige Unternehmen sind stark in internationale Wertschöpfungsketten integriert und sind auch vor Ort in den USA und in China präsent. Auch von allfälligen Massnahmen seitens der EU als Reaktion auf die Strafzölle der USA und Chinas könnten Schweizer Betriebe negativ betroffen sein. Eine Entspannung im Handelsstreit zwischen den beiden wirtschaftlichen Grossmächten ist zurzeit nicht absehbar. Allerdings zeigen sich beide Parteien derzeit offen für Verhandlungen.

Liste der betroffenen Produkte

Update vom 4. April: USA veröffentlicht Liste für Strafzölle auf weitere chinesische Produkte

Nach Stahl und Aluminium wollen die USA weitere Produkte – nun explizit aus China – mit Strafzöllen belegen. Das Büro des US-Handelsbeauftragten veröffentlichte gestern eine entsprechende Liste. Sie sieht zusätzliche Importzölle von 25 Prozent insbesondere auf jene Produkte vor, die China im Rahmen der «Made in China 2025»-Strategie fördert. Dazu zählen etwa Elektronikprodukte, Flugzeugteile, Medikamente und Maschinen. Interessierte Personen können zu den vorgesehenen Massnahmen bis am 11. Mai Stellung beziehen. Am 15. Mai wird bei der US-Kommission für internationalen Handel eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Eine weitere Verschärfung des Handelskonflikts zwischen China und den USA hätte auch für die Schweizer Exportwirtschaft und für Schweizer Direktinvestitionen negative Konsequenzen.

Statement des US-Handelsministeriums

Liste der betroffenen Produkte

Update vom 3. April: Chinesische Gegenmassnahmen sind nun Tatsache

Seit Montag, 2. April, sind 128 amerikanische Produkte mit Strafzöllen in der Höhe von 15 bis 25 Prozent belegt. Die vom chinesischen Finanzministerium veröffentlichte Liste umfasst US-Güter mit einem Importvolumen von 3 Milliarden US-Dollar. Sie schliesst vorerst wichtige US-Exportprodukte wie Flugzeuge oder Sojabohnen aus.

Auch die EU überlegt sich, mit Verweis auf globale Überkapazitäten Zölle und Einfuhrkontingente auf bestimmte Stahlprodukte einzuführen und hat hierzu auch Hersteller und Verbände aus Drittstaaten zur Stellungnahme eingeladen. economiesuisse macht diesbezüglich eine Umfrage bei ihren Mitgliedern.

Tarifnummern der betroffenen US-Güter nach China – Beschreibung in Chinesisch

Mitteilung der Europäischen Kommission

Update vom 23. März: Keine Ausnahme für Schweizer Exporteure – vorerst

Laut Angaben der Behörden in den USA und in der Schweiz werden ab heute Schweizer Exporte von Stahl und Aluminium mit Strafzöllen in der Höhe von 25 respektive zehn Prozent belegt. Davon ist ein Exportvolumen von insgesamt 87 Millionen Franken (2017) betroffen. Erfahren Sie mehr dazu im Video.

Update vom 23. März: Handelskonflikt zwischen den USA und China zeichnet sich ab

Zwischen den USA und China kommt es zu einer Eskalation des Handelskonflikts. Während die USA Massnahmen gegen chinesische Stahl- und Hightech-Importe angekündigt haben, hat China Gegenmassnahmen bei Agrarimporten aus den USA in Aussicht gestellt. Es dürften chinesische Exporte in der Höhe von 60 Milliarden US-Dollar betroffen sein.

Update vom 22. März: EU vorläufig von den Strafzöllen ausgenommen

US-Handelsbeauftragter Robert Lighthizer hat heute bekanntgegeben, dass die EU von den US-Strafzöllen auf Stahl und Aluminium vorläufig ausgenommen

wird. Die Einigung zwischen den USA und der EU begann sich gestern im Verlaufe der intensiven Verhandlungen abzuzeichnen. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass auch Schweizer Exporte von den Strafzöllen ausgenommen werden.

Update vom 21. März: US-Behörden publizieren Verfahren zur Beantragung von Ausnahmen

Die US-Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte wirken sich möglicherweise auch auf Schweizer Unternehmen aus. Dabei geht es um vergleichsweise kleinere Mengen an Spezialprodukten. Betroffene Firmen können jedoch Ausnahmen beantragen. Das Verfahren für die Beantragung wurde diese Woche von den US-Behörden vorgestellt:

Mitteilung des U.S. Department of Commerce zu Stahl

Mitteilung des U.S. Department of Commerce zu Aluminium

Weitere Informationen vom SECO

Update vom 9. März: US-Präsident hat Erlass zur Einführung von Strafzöllen unterschrieben

Nun ist es klar, US-Präsident Donald Trump hat gestern den Erlass zur Einführung von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium unterschrieben. Ab dem 23. März erheben die USA auf Stahl 25 Prozent, auf Aluminium 10 Prozent Importzölle. Was das für die Schweizer Exportwirtschaft bedeutet, erfahren Sie in diesem Artikel.

Kontaktpersonen:

Martin Naville, Swiss Amcham

Nicolas Stephan, Swissmem